



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



AUS DEM INHALT

Ausgabe Dezember 2020

- **Stand der Haushaltsverhandlungen**
- **EU-Klimagesetz**
- **Weichenstellung für die Gemeinsame Agrarpolitik**
- **Ergebnisse der deutschen Ratspräsidentschaft**
- **Brexit**

Liebe Leserinnen und Leser,

ein außergewöhnliches Jahr geht zu Ende. Die Corona-Pandemie hat fast alles fest im Griff. Gleichwohl ist die Arbeit im Europäischen Parlament weiter gegangen, wenn auch seit März ganz ohne Besuchergruppen und Plenartagungen in Straßburg. Ich selbst bin als außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion nichtsdestotrotz mit wichtigen Themen befasst. Als Ko-Berichterstatter für das künftige außenpolitische Handlungs-Instrument der EU (NDICI = Nachbarschaft, Entwicklung, internationale Zusammenarbeit) in der Größenordnung von 80 Milliarden Euro kämpfen wir Abgeordneten dafür, Einfluss darauf zu behalten, wie die Politik in der europäischen Nachbarschaft, aber auch gegenüber Afrika, Asien und Amerika in den nächsten 7 Jahren ausgestaltet wird. Als ständiger Ukraine-Berichterstatter bewerte ich die Umsetzung der vereinbarten Reform-Agenda und bin mit den Abgeordneten dort im Gespräch, wenn z.B. das Verfassungsgericht wesentliche Teile der Antikorruptionsgesetzgebung kippt. Ob es doch noch einen geordneten Austritt Großbritanniens aus dem Binnenmarkt in Form eines Anschlussabkommens geben wird? Oder einen Brexit ohne Deal? Wir wissen es vielleicht in den nächsten Tagen. Der Haushaltsrahmen für die nächsten 7 Jahre von etwa 1100 Mrd. Euro und der Wiederaufbaufonds von 750 Mrd. Euro für die nächsten 4 Jahre droht zunächst noch am polnisch-ungarischen Veto zu scheitern. Die sind gegen die sog. „Rechtsstaatsklausel“, die Zahlungen verringern soll, wenn gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen wird. Der Beginn des neuen Jahres wird uns hoffentlich den notwendigen Impfungen und damit der Rückkehr zur Normalität näher bringen. Bis dahin wünsche ich Ihnen und Ihren Familien, Verwandten und Freunden ein gesegnetes Weihnachtsfest einen guten Start ins Neue Jahr und bleiben Sie gesund!

Ihr
Michael Gahler



Erschwerte Haushaltseinigung

Am 10. November erreichten das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union eine grundsätzliche Einigung für den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU von 2021 bis 2027 sowie das Aufbauminstrument „Next Generation EU“. Das Gesamtvolumen beider Haushaltslinien beläuft sich auf 1.824,3 Mrd. Euro, wovon das Aufbauminstrument 750 Mrd. Euro umfasst. Für Deutschland sind aus dieser Budgetlinie rund 42 Mrd. vorgesehen.

Für die im Rahmen der Verhandlungen vom Europäischen Parlament benannten „Leuchtturm-Projekte“ wurde eine Aufstockung der Mittel in Höhe von 16 Milliarden erreicht, wovon insbesondere die Forschungsförderung „Horizon Europe“ (4 Mrd. Euro), das Studentenaustauschprogramm „Erasmus+“ (2,2 Mrd. Euro), das Gesundheitsprogramm „EU-4Health“ (3,4 Mrd. Euro), das europäische Investitionsprogramm (1 Mrd. Euro) sowie Maßnahmen zum Grenzschutz (1,8 Mrd. Euro) profitieren.

Mit dem Aufbaufonds geht die EU einen historischen

Schritt, indem erstmals in Ihrer Geschichte gemeinsam Schulden aufgenommen werden, um die schwerste Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gemeinsam bewältigen zu können. So geboten dieser Schritt zur wirtschaftlichen Stabilisierung auch ist, so dürfen diese Maßnahmen jedoch nicht zu Lasten der nächsten Generation gehen. Entsprechend setzte sich die EVP neben dem Beginn der Tilgung bereits in dieser Wahlperiode für die Einführung von neuen EU-Eigenmitteln zur Gegenfinanzierung ein. So sind die Einführung einer Plastiksteuer (2021), einer Digitalabgabe, eines CO₂-Grenzausgleich (2023) sowie eine Finanztransaktionssteuer (2026) vorgesehen.

Dass diese Mittel rechtzeitig zum nächsten Jahr zur Verfügung stehen, ist sowohl für die durch die Corona-Krise stark in Mitleidenschaft gezogene europäische Wirtschaft als auch die Europäische Union, die auf einen verlässlichen Finanzrahmen angewiesen ist, um in dieser Krise die nötige Handlungsfähigkeit zu erhalten, von entscheidender Bedeutung. Entsprechend erweist sich

das Veto Ungarns und Polens als absolut unverantwortlich, insbesondere gegenüber den Mitgliedsstaaten, die von der Coronakrise besonders stark betroffen sind und die Mittel dringend benötigen.

Hintergrund für diese Blockadehaltung ist der neue Rechtsstaatsmechanismus, der im Haushalt verankert werden soll und die Vergabe von EU-Mitteln an die Einhaltung rechtstaatlicher Prinzipien knüpft, um den europäischen Haushalt vor Missbrauch, Betrug und Korruption zu schützen. Die Einführung dieses Mechanismus war ein zentrales Anliegen des Europäischen Parlaments und insbesondere der EVP-Fraktion. Entsprechend machte das Europaparlament deutlich, dass es keinen faulen Kompromissen in dieser Frage zustimmen werde. Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen rief Polen und Ungarn zur Aufgabe der Blockade der milliardenschweren Corona-Konjunkturlösungen auf. Im Zweifelsfall sollten die Länder vor den Europäischen Gerichtshof ziehen und dort den von ihnen kritisierten Rechtsstaatsmechanismus überprüfen lassen.

Neustart der transatlantischen Beziehungen

Am 3. November 2020 waren die US-Bürger aufgerufen einen neuen Präsidenten zu wählen. Nach einem langwierigen Auszählungsverfahren stand jedoch am 8. November fest: Joe Biden wird ab dem 20. Januar 2021 der 46. Präsident der USA sein, unterstützt von seiner Vizepräsidentin Kamala Harris, der ersten Frau in diesem Amt. Damit findet eine schwierige vierjährige Periode, gekennzeichnet von Unsicherheit und Spannungen, in den transatlantischen Beziehungen unter Präsident Trump ihr Ende. Die Ankündigungen Joe

Bidens in die Weltgesundheitsorganisationen zurückzukehren und auch dem Pariser Klimaabkommen wieder beitreten zu wollen sowie die Überlegungen dem Atomabkommen mit dem Iran wieder beizutreten sind wichtige Signale für die zukünftige Zusammenarbeit Europas mit den Vereinigten Staaten.

In seiner Funktion als außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion gratulierte Michael Gahler Joe Biden und Kamala Harris im Rahmen der Plenarsitzung am 11. November. Michael Gahler

erklärte hierzu: „Als Teil der demokratischen Welt wünschen wir uns, dass die USA sich erneut engagieren, und Verantwortung übernehmen wo die multilaterale regelbasierte Weltordnung gestärkt werden muss.“ Als wichtige Felder zukünftiger transatlantischer Kooperation verwies der Europaabgeordnete besonders auf den Umgang mit China und die Weiterentwicklung der Handelsbeziehungen, betonte aber gleichzeitig, dass es größerer Anstrengungen Europas in der Sicherheitspolitik bedarf, um eine faire Lastenteilung zu erreichen.



EU-Klimagesetz – CDU und CSU warnen vor überambitionierten Zielen

Erstmals plant die Europäische Union ihre Klimaschutzziele mit dem neuen EU-Klimagesetz gesetzlich festzulegen. Die Basis dafür ist ein von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen initiiertes Entwurf, der das derzeit gültige Klimaschutzziel für das Jahr 2030 von minus 40% auf minus 55% Emissionsminderung im Vergleich zu 1990 steigert. Klimaschutz duldet keinen Aufschub und CDU und CSU unterstützen diesen Vorschlag, der auch das Ziel der Klimaneutralität für die EU für das Jahr 2050 festschreibt. Dem Vorschlag waren weitreichende Vorarbeiten und Berechnungen der

EU-Kommission, eine sogenannte Gesetzesfolgenabschätzung vorausgegangen. Ergebnis: Das 55%-Ziel ist hochambitioniert und alles andere als einfach zu erreichen, aber genau das was wir brauchen, um das Pariser Klimaabkommen als EU zu erfüllen.

Klar ist aber auch: das 55%-Ziel ist ein sehr ehrgeiziges Vorhaben, welches auch von Deutschland weitaus höhere Klimaschutz-Anstrengungen als bisher verlangen wird. Das Europaparlament hat dazu im Oktober seine Position festgelegt.

Leider setze dabei eine rot-rot-grüne Mehrheit im

Europaparlament ein nochmals erhöhtes Ziel durch. Das Europaparlament wird sich nun für 60% Emissionsminderung für 2030 einsetzen. Wir halten dieses Ziel für zu hoch, da die tiefgreifenden Veränderungen und notwendigen Anpassungen schon Herausforderung genug sein werden. Im weiteren Verfahren kommt es als nächstes zu Verhandlungen zwischen Europaparlament, Kommission und Mitgliedsstaaten, den sogenannten „Trilog“. In diesem Verfahren wird die endgültige Zielsetzung für die EU festgelegt. CDU und CSU werden sich dabei weiterhin für das Ziel der EU-Kommission von 55% einsetzen.

Das Europäische Parlament legt Position für eine zukunftsfähige und umweltverträgliche Landwirtschaft fest

Die zweite Plenarsitzungswoche im Oktober stand ganz im Zeichen der Landwirtschaft. Das Europaparlament sowie die EU-Staaten haben jeweils ihre Position zur Zukunft der gemeinsamen EU-Agrarpolitik bis 2027 festgelegt. Diese Positionierungen

bilden die Grundlagen für die weiteren Verhandlungen im bereits beschriebenen „Trilog-Verfahren“.

Im EP hatten sich zuvor die Fraktionen von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen

auf einen weitreichenden Kompromiss verständigt, der mit großer Mehrheit angenommen wurde und große Fortschritte in Sachen Ökologie, Flexibilität und Umweltschutz bedeutet. 30% der Direktzahlungen an die Landwirte sollen für

grünere Maßnahmen, sogenannte „Eco-Schemes“ reserviert sein. Ebenso sollen 35% der Mittel für die ländliche Entwicklung und für Umweltmaßnahmen eingesetzt werden. Zudem steigt die Flexibilität für die Mitgliedstaaten bei der Gestaltung von Vorschriften und Mittelzuweisungen durch die Erstellung nationaler Strategiepläne und das sogenannte „neue Umsetzungsmodell“ deutlich. Dies soll den Mitgliedsstaaten ermöglichen, unter Berücksichtigung ihrer nationalen Besonderheiten, die besten Instrumente und Maßnahmen auszuwählen, die ihnen für die Verwirklichung der EU-weit vereinbarten Ziele und Standards zur Verfügung stehen. Bislang gab es solche Bestimmungen nicht.

Für CDU und CSU hat Landwirtschaftspolitik eine hohe

Priorität, denn sie ist Standortpolitik für den ländlichen Raum. Es geht dabei auch darum, dass Europa sich selbst mit hochwertigen bei uns angebauten Nahrungsmitteln versorgen kann und nicht zu sehr auf Importe angewiesen ist. Die zahlreichen Familienbetriebe sollen auch in Zukunft nicht mit zu viel Bürokratie belastet werden, sondern für ihre Leistung ordentlich entlohnt werden. Die bäuerliche Landwirtschaft muss attraktiv bleiben und ge-

schützt werden, damit auch die nächste Generation bereit ist, für unsere täglichen Lebensmittel zu sorgen. Gleichzeitig muss aber auch die Landwirtschaft zu mehr Umwelt- und Klimaschutz beitragen. Dafür wird es zukünftig mehr Anreize als bisher geben. Die aktuelle GAP-Reform ist der richtige Weg für substanzielle Fortschritte in Richtung einer naturverträglichen, nachhaltigen und zukunftsfähigen europäischen Landwirtschaft.



Eine neue EU-Industriestrategie

Kurz vor Ausbruch der Corona-Krise hatte die EU-Kommission ihre EU-Industrie-Strategie vorgelegt. Während seiner Sitzung im November hat das Europaparlament nachgezogen und eine Überarbeitung

dieser Strategie im Hinblick auf die Auswirkungen der Corona-Krise gefordert.

Eine gesunde Industrie mit vielen industriellen Arbeitsplätzen ist ein Garant für den Wohlstand in Europa.

Die Herausforderungen für die europäische Industrie waren schon vor Corona vielfältig: globaler Wettbewerb, Klimaschutz und Digitalisierung. Wir müssen stärker auf europäische Produktionskapazitäten von

Zukunftskomponenten wie Batterien, Nanoelektronik oder Wasserstoff setzen und Schlüsselindustrien vor Übernahmen schützen.

Das EP fordert eine EU-Industriepolitik aus einem

Guss mit einem Schwerpunkt auf Forschung und Innovation. Beim Klimaschutz und weiteren Umweltauflagen dürfen wir den Bogen nicht überspannen. Das von uns unterstützte EU-Klimaziel von

55% CO₂-Reduzierung bis 2030 ist ambitioniert genug, um sowohl das Klima weit besser als bisher zu schützen, und gleichzeitig ein Innovationstreiber für eine moderne europäische Industrie zu sein.

Die deutsche Ratspräsidentschaft – Eine erste Bilanz

Am 1. Juli 2020 übernahm Deutschland zum zwölften Mal die Ratspräsidentschaft der EU. Damit fiel die deutsche Ratspräsidentschaft in die Zeit der schwersten Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Entsprechend bildete die Bewältigung der COVID-19-Pandemie das Hauptthema der deutschen Ratspräsidentschaft, wobei die Verabschiedung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 bis 2027 und des Aufbauinstruments „Next Generation EU“ zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung im Mittelpunkt stand (siehe hierzu Artikel in diesem Newsletter).

Daneben erreichte die deutsche Ratspräsidentschaft in weiteren Bereichen wichtige Fortschritte. So wurde eine Erneuerung der Jugendgarantie der EU, die 2013 eingeführt wurde und allen unter 25-jährigen Zugang

zu einem Arbeitsplatz, einer Weiterbildung, einer Lehre oder einem Praktikum sichern soll, auf den Weg gebracht. Dabei wurde insbesondere das Alter auf 29 Jahre angehoben. Die Umsetzung erfolgt durch die Mitgliedsstaaten in Gestalt von Programmen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Hierfür werden seitens der EU Mittel, wie beispielsweise aus dem Europäischen Sozialfonds Plus, aber auch dem Wiederaufbaufonds bereitgestellt.

Mit dem Vorsatz für ein nachhaltigeres Europa hat sich die deutsche Ratspräsidentschaft dafür eingesetzt die Klimaziele zu erreichen, aber zugleich einen Transformationsprozess in der Wirtschaft und den Gesellschaften der Europäischen Union zu verfolgen. Im Oktober wurde im Rat eine weitgehende, politische Einigung über das zukünftige europäische Klimagesetz erzielt, wobei vom Rat sowohl die Wichtigkeit von Fairness und Solidarität zwi-



schen den Mitgliedstaaten als auch die Kosteneffizienz betont wurde. Ebenso vereinbarte der Rat eine Fangbeschränkung in der Ostsee zur Erholung der dortigen Fischbestände.

Auch im Bereich des internationalen Handels kann die deutsche Ratspräsidentschaft wichtige Ergebnisse vorweisen. So gelang es erstmals seit zwei Jahrzehnten eine Zollvereinbarung mit den USA zu erreichen, die zu einer Senkung

der US-Zölle auf EU-Waren in Höhe von 160 Mio. Dollar führen wird. Mit China erzielte der Rat ebenfalls ein Abkommen, das geografische Produktangaben, wie beispielsweise Champagner und Münchner Bier, rechtlich schützt.

Schließlich leistete die deutsche Ratspräsidentschaft auch einen substanziellen Beitrag zur Weiterentwicklung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Im Rahmen des Prozesses

zur Entwicklung des sogenannten Strategischen Kompasses, der eine stärkere Fokussierung und Priorisierung in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik erreichen soll, wurde unter der deutschen Ratspräsidentschaft der erste Teilschritt in Form einer Bedrohungsanalyse abgeschlossen. Diese fungiert als Grundlage für den Strategischen Kompass, der im ersten Halbjahr 2022 während der französischen Ratspräsidentschaft abgeschlossen werden soll.

Europaparlament positioniert sich zur Gestaltung des digitalen Binnenmarktes

Das Europaparlament hat seine Standpunkte zu neuen europäischen Regeln für digitale Dienste und Plattformen sowie zur zivilen Haftung von Künstlicher Intelligenz (KI) vorgelegt. Beide Dossiers fußen auf der Forderung, endlich den digitalen Binnenmarkt zu vollenden. Für CDU/CSU ist klar: Die neuen Vorgaben für digitale Dienste müssen einerseits die Vorgaben für digitale Dienste und Plattformen verbessern und modernisieren sowie andererseits Betrug, Håme und Hetze im Internet entgegenzutreten. In der nun verabschiedeten Parlamentsposi-

tion forderten die Abgeordneten, die Transparenz und Produktsicherheit auf Online-Marktplätzen zu erhöhen, Regeln für den weit verbreiteten Einsatz von künstlicher Intelligenz festzulegen und die Verbreitung illegaler Online-Inhalte zu stoppen. Darüber hinaus soll die EU klare Standards schaffen, wie Social Media-Plattformen wie Facebook oder YouTube mit illegalen Inhalten auf ihren Plattformen umgehen sollen. Die neuen Regeln sollten gleichzeitig Rechtsklarheit für Anbieter schaffen und die Grundrechte der Benutzer wahren, hieß es.

Bei der Regulierung von Künstlicher Intelligenz drängte das Plenum auf einen Ansatz, der gleichzeitig Rechtssicherheit für Gesellschaft und Unternehmen herstellt sowie Raum für digitale Innovationen lässt. Dazu gehört auch, dass künftig Betreiber risikoreicher KI-Systeme für den Schaden, den ihre Anwendungen verursachen, haften sollen. Zu risikoreichen Anwendungen von KI gehören beispielsweise selbstfahrende Autos. Der Kommissionsvorschlag hierzu wird im Frühjahr kommenden Jahres erwartet.

Brexit – Die Zeit drängt



Am 31. Dezember 2020 endet die Übergangsphase des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Nachdem Großbritannien die EU formal am 31. Januar 2020 verlassen hatte, begann eine 11-monatige Übergangsphase, deren Ziel es war die zukünftigen Beziehungen zwischen dem Königreich und dem Kontinent zu regeln. Anfang Dezember stand eine Einigung weiterhin aus, so dass der Druck auf alle Beteiligten stieg schnellstmöglich eine Einigung zu erreichen, um negative wirtschaftliche Folgen auf beiden Seiten des Ärmelkanals zu vermeiden.

Wenngleich es in einigen Bereichen, wie der Strafverfolgung und juristischen Zusammenarbeit sowie im Waren-, Dienstleistungs- und Verkehrsbereich vorläufige Einigungen gibt, ist ein „Deal“ keineswegs garantiert. Weiterhin umstritten sind die zentralen Fragen sowohl der Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards und

der Steuertransparenz sowie deren rechtlichen Durchsetzung durch ein EU-Schiedsgericht als auch die Regelung der Fischereirechte. Intensive Verhandlungen am ersten Dezemberwochenende konnten hier ebenfalls keinen Durchbruch erzielen. Mit entsprechend großer Spannung wird die Sitzung des Europäischen Rates am 10. und 11. Dezember erwartet. Angesichts des Erfordernisses der Ratifizierung durch das Europäische Parlaments wird dies als letzte Möglichkeit für eine rechtzeitige Einigung betrachtet. Die Ratifizierung könnte notfalls im Rahmen einer Sondersitzung des Europäischen Parlaments am 27./28. Dezember erfolgen.

Fest steht allerdings, dass die Europäische Union nicht bereit ist, die Integrität des Binnenmarkts – der Grundlage des Wohlstands in Europa – für ein Abkommen mit Großbritannien infrage zu stellen. David McAllister (CDU), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und der Brexit-Koordinierungsgruppe des Europäischen Parlaments, machte in der Plenardebatte am 25. November deutlich, dass die EU zwar ein Abkommen bevorzugen und

das Europaparlament alle nötigen Anstrengungen für eine Ratifizierung vor Jahresende unternehmen würde, die EU jedoch ebenso auf ein „No-Deal-Szenario“ vorbereitet ist. Klar ist jedoch: Das Europäische Parlament wird auch unter dem wahrscheinlichen immensen Zeitdruck für die Ratifizierung seiner Verantwortung gerecht werden und den Text genauestens prüfen.

IMPRESSUM

Michael Gahler
EVP-Fraktion im
Europäischen Parlament
ASP 15 E 262

B-1047 Brüssel
Tel +32-2-2845977
Fax +32-2-2849977
michael.gahler@
europarl.europa.eu
www.michael-gahler.eu
f michael.gahler.77

Europabüros:
Wasserweg 2
64521 Groß-Gerau
Tel: +49-6152-932510
und Steubenplatz 12
64293 Darmstadt
Tel: +49-6151-1712-13

Bildnachweis:
Europäisches Parlament,
Europäische Kommission